

Esmarchstraße 4 · 23795 Bad Segeberg

Telefon (045 51) 20 80 · Telefax (045 51) 9 39 94

E-Mail: [info@marburger-bund-sh.de](mailto:info@marburger-bund-sh.de)

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG., Lübeck  
IBAN: DE14 3006 0601 0001 8415 48 · BIC: DAAEDEDXXX

Sprechzeiten: Mo.-Do. 8.00-16.30 Uhr, Fr. 8.00-13.00 Uhr und nach Vereinbarung



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Sozialausschuss  
z. Hd. Herrn Werner Kalinka  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/4038

Bad Segeberg, den 15.05.2020

per Mail: [sozialausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:sozialausschuss@landtag.ltsh.de)

**Stellungnahme des Marburger Bund Landesverband Schleswig-Holstein zum  
„Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum“**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Kalinka,

der Marburger Bund Landesverband Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit zu dem genannten Gesetzesvorhaben Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht ist der Entwurf insgesamt abzulehnen.

Nach unserer Auffassung kann durch den vorgelegten Gesetzesentwurf die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum nicht sichergestellt werden. Insbesondere die Einführung einer sog. „Hausarztquote“ bei der Vergabe der Studienplätze erteilt der Landesverband des Marburger Bundes eine Absage. Durch die vorgesehene frühzeitige Bindung junger angehender Ärztinnen und Ärzte wird die Freiheit der Berufswahl unnötig eingeschränkt, denn die Medizinstudierenden wollen frei darüber entscheiden, welche Fachrichtung sie nach dem Studium wählen. Insoweit ist das Medizinstudium der falsche Ort, etwaige versorgungspolitische Versäumnisse aufzuarbeiten.

Vielmehr bedarf es des Ausbaus der Studienplätze insgesamt in Deutschland. Nur so erscheint eine nachhaltige Sicherstellung der (haus-)ärztlichen Versorgung möglich. Der Marburger Bund fordert daher 10 Prozent mehr Medizinstudienplätze, um die Kapazitäten dem steigenden Bedarf anzupassen. Denn es ist versorgungspolitisch höchst problematisch, die Studienkapazitäten auf einem Niveau zu halten, wie es Mitte der 1980er Jahre in der Zeit vor der Wiedervereinigung bestand. Denn wenn absehbar in zehn bis fünfzehn Jahren die Ruhestandswelle der sog. „Babyboomer“-Generation ihre Wirkung entfaltet, besteht unter Beibehaltung der derzeitigen Studienplatzanzahl ein enormer Bedarf an ärztlichem Personal, so dass aus unserer Sicht die Erhöhung der Studienplätze oberste Priorität haben muss.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wessendorf  
1. Vorsitzender  
Marburger Bund Landesverband Schleswig-Holstein